

## EDITORIAL

Liebe Leserinnen und Leser

Das riesige Potenzial der Frauen nicht zu nutzen, ist schlicht dumm. Genau das machen wir in den meisten Verwaltungsräten und Firmenleitungen der Schweiz. Um diesen Missstand zu beheben, leistet sich die Politik allerdings wie so oft eine andere Dummheit: Man schafft ein neues Gesetz – der Staat soll es richten. Anschauungsunterricht dafür bietet die vom Bundesrat verordnete Frauenquote, mit der erreicht werden soll, dass künftig mindestens jede dritte Person im Verwaltungsrat eines bundesnahen Betriebes eine Frau sein soll. Warum legt man den Frauenanteil nicht gleich auf 50 Prozent fest? Das wäre echte Gleichstellung. Doch dafür fehlte dem Bundesrat dann doch der Mut, zumal in den von den Bundesrätinnen geleiteten Departementen der Anteil Frauen in Toppositionen deutlich tiefer ist als im Wirtschaftsdepartement von Bundesrat Schneider-Ammann, der oft als konservativ kritisiert wird. Wer den Anteil von Frauen in Führungsgremien staatlich regeln will, müsste konsequenterweise auch für andere Quoten einsteigen, etwa für VR-Quoten für Tessiner oder Romands. Sie alle haben Anspruch auf gleiche Rechte, sind aber untervertreten. Frauenquoten, wie sie der Bundesrat beschlossen hat, sind eine unkreative Scheinlösung für ein reales Problem. Welche Frau möchte schon eine Quotenfrau sein? Eine Geschlechterdurchmischung, gleiche Rechte und Chancen muss eine Selbstverständlichkeit sein. Nicht das Geschlecht, sondern fachliche, soziale Fähigkeiten und Erfahrungen dürfen über die Wahl von Führungsleuten entscheiden. Indem wir Quoten schaffen, degradieren wir Frauen zu schwachen Wesen, die staatlichen Schutz benötigen. Frauen sind intelligent und stark genug, dass sie keine Quoten brauchen. Sie werden sich ohne staatliche Krücken durchsetzen. Und sie werden sich erfolgreich dagegen wehren, dass sie zu Unrecht tiefere Löhne erhalten. Der Schlüssel liegt in sich verändernden Rollenbildern und der Ausbildung. Schon heute bilden junge Frauen an vielen Gymnasien und Hochschulen die Mehrheit. Ihr Aufstieg lässt sich nicht aufhalten, weil sie selbst dafür kämpfen. Die Wirtschaft braucht Frauen in Führungsetagen. Aber sie braucht keine Quotenfrauen, sondern Frauen, die unabhängig sind, selbst ihren Weg gehen, genau wissen, was sie wollen, und sich vor Hürden nicht scheuen.

MARTIN SPIELER, CHEFREDAKTOR



# SVP-Regierungsräte stellen sich gegen Familieninitiative

Finanzpolitikerin warnt vor einer Steuererhöhung von bis zu fünf Prozent

VON MATTHIAS HALBEIS UND JOËL WIDMER

ZÜRICH Zwei Wochen vor der Abstimmung über die Familieninitiative gehen nun SVP-Regierungsräte auf Konfrontationskurs mit der eigenen Partei. Am deutlichsten kritisiert die Schaffhauser Finanzdirektorin Rosmarie Widmer Gysel die SVP-Vorlage: «Ich bin persönlich explizit gegen die Initiative, weil sie falsche Erwartungen weckt.» Und weiter: «Sollte die Initiative angenommen werden, kommt auf die Schaffhauser entweder eine Mehrbelastung von rund fünf Prozent an Kantons- und Gemeindesteuern zu oder aber wir müssen die Steuerausfälle kompensieren.» Die SVP-Initiative will auch Eltern, die ihre Kinder selber betreuen, einen Abzug ermöglichen. Für die SVP-Regierungsrätin ist in Bezug auf den Kanton Schaffhausen klar: «Eine Reduktion der Fremdbetreuungsabzüge wird da-



Rosmarie Widmer Gysel, Schaffhauser Finanzdirektorin

zu kaum ausreichen, sodass wir auch die allgemeinen Kinderabzüge kürzen müssten.» Dadurch würden alle Familien im Kanton finanziell zu Schaden kommen.

Der Kanton Schaffhausen lässt nämlich nicht nur einen Steuerabzug von 9400 Franken pro fremd betreutes Kind zu. Vielmehr dürfen alle Schaffhauser Eltern für jedes Kind zusätzlich noch einen Kinderabzug von 8400 Franken machen, unabhängig davon, ob es zu Hause oder in der Krippe betreut wird.

Widmer Gysel legt Wert darauf, dass ihr Nein nicht nur dem Kollegialprinzip geschuldet ist. Angst, dass sie mit ihrer Haltung

bei der SVP aneckt, hat sie keine: «Wir müssen den Stimmbürgern klar machen, dass das Geld nicht vom Himmel fällt.» Die finanzielle Situation des Kantons liesse Steuerausfälle, wie sie die Initiative provoziere, schlicht nicht zu.

## Entlastung der Familien heisst Belastung der Alleinstehenden

Widmer Gysel ist neben dem Ausserrhodener Regierungsrat Köbi Frei die einzige SVPlerin, die in einer Kantonsregierung dem Finanzdepartement vorsteht. In ihrer Haltung wird Widmer Gysel auch von ihrem SVP-Regierungskollegen Ernst Landolt unterstützt. Er spreche sich zusammen mit der Schaffhauser Regierung gegen die Initiative aus, sagt er. Gleich hält es auch der Aargauer Landammann und Bildungsdirektor Alex Hürzeler. Auch die beiden Thurgauer SVP-Regierungsmitglieder Köbi Stark und Monika Knill verhalten sich im Sinne der Kollegialität in der Kan-

tonsregierung. Sie bleiben «neutral» und sind darum dem SVP-Komitee nicht beigetreten. SVP-Nationalrätin Nadja Pieren, welche den Kampf für die Initiative anführt, ist «sehr erstaunt, dass Regierungsräte das finanzpolitische Argument bringen». Jeder Kanton sei frei, wie hoch er die Abzüge ansetze. Und wem Familien wichtig seien, der könne gut an einem anderen Ort sparen.

Genau diese Argumentation hinterfragt Sylvia Locher, Präsidentin der Arbeitsgemeinschaft unabhängiger Frauen und Männer (AUF). Denn wenn Familien steuerlich noch weiter entlastet werden, werden Alleinstehende mehr Steuern zu berappen haben. Locher findet das ungerecht: «Es geht bei dieser Initiative nicht mehr um Notwendigkeiten, sondern um Begehrlichkeiten.»

Im Zentrum der Entlastungsstunden nicht bedürftige, sondern gut situierte Familien, kritisiert Locher.



Abstimmungskampf um die Familieninitiative vom 24. November: Innerhalb der SVP bildet sich Widerstand

FOTO: WALTER BIERI/KEY

## MELDUNGEN

### Selbstunfall mit 2,5 Promille im Blut

MÄRSTETTEN TG Im Kanton Thurgau ist in der Nacht auf Samstag ein stockbetrunkenener Fahrer mit seinem Auto verunfallt. Er blieb unverletzt. Nach dem Atemlufttest musste der 45-Jährige sein Billett sofort abgeben. Er hatte 2,5 Promille Alkohol im Blut. Der Mann war mit dem Wagen in Roggwil von der Strasse gerutscht und in einen Zaun geprallt. Er rief nach dem Unfall selbst die Polizei an.

### Auf Zebrastreifen: 86-Jährige verletzt

DERENDINGEN SO In Derendingen ist am Samstagmorgen eine 86-jährige Frau auf dem Fussgängerstreifen von einem Auto erfasst worden. Sie wollte die Hauptstrasse überqueren, als sie ein 61-jähriger Autolenker anfuhr. Sie musste mit schweren Verletzungen ins Spital gebracht werden. Die Unfallursache wird untersucht.

## HEUTE

LOTTO	S. 34
SPORT AM TV	S. 34
LESERANGEBOT	S. 48, 96
TV-PROGRAMM	S. 46
RÄTSEL	S. 65
HOROSKOP	S. 73
COMICS/IMPRESSUM	S. 81
WETTER	S. 36

## INSERATE

BILDUNG UND KURSE	S. 76
FERIEN UND REISEN	S. 76
IMMOBILIEN KAUF	S. 55
IMMOBILIEN MIETE	S. 56
KINO	S. 44
VERANSTALTUNGEN	S. 40
MARKTPLATZ	S. 40
RENDEZ-VOUS	S. 40

## Die Post gibt dritte Frau für VR bekannt

Der gelbe Riese ist das erste bundesnahe Unternehmen, das die Zielquote vorzeitig erfüllt

BERN Die Post AG wird das Quotenziel der Regierung als erstes bundesnahes Unternehmen erfüllen. Die letzten fünf Jahre belegten die Frauen zwei Sitze im neunköpfigen Post-Verwaltungsrat. Das entspricht einem Frauenanteil von 22 Prozent.

Bei der Post sei der vom Bundesrat verlangte Frauenanteil von 30 Prozent bis 2020 schon nächstes Jahr Realität, sagt Präsident Peter Hasler. Er setzte bereits vor dem Quotenbeschluss von letzter Woche voll auf Frauen. «Da die Amtszeit unseres Vizepräsidenten 2014 nach zwölf Jahren abläuft, habe ich den Bundesrat gefragt, ob es für ihn in Ordnung sei, wenn wir als Nachfolger nur weibliche Kandidatinnen su-

chen», sagt Hasler der Sonntagszeitung. Für die Post sei klar gewesen, dass die nächste Vakanz mit einer Frau besetzt würde. Der Bundesrat habe im Wissen um das neue Quotenziel zugestimmt.

### Frau in der Chefetage wirkt anziehend auf weitere Frauen

Laut Hasler ist die Suche nach einer Verwaltungsrätin auf dem besten Weg: «Wir werden die weibliche Nomination bis Ende Jahr bekannt geben.»

Die Post war die letzten Jahre mit dem Anteil von 22 Prozent gegenüber anderen bundesnahen Betrieben wie SBB, Ruag, Skyguide bereits vorbildlich und ernannte mit Susanne Ruoff 2012 die erste weibliche CEO in einem

Bundesbetrieb überhaupt. Dabei war die Post bis Anfang der 90er-Jahre genauso eine Männerdomäne wie die SBB oder der Rüstungskonzern Ruag. Die Bundesbahnen haben derzeit nur die Hälfte des Frauenanteils der Post im höchsten Führungsgremium.

Hasler findet die neue Zielvorgabe des Bundes sei ohne weiteres akzeptierbar. Die Post hätte den Anstoss von aussen nicht gebraucht. Belegbar, dass eine Frau in der Chefetage noch mehr Frauen anziehe, ist es laut Hasler nicht. Doch er beobachtet: «Sicher ist aber die weibliche Belegschaft mit der Wahl von Frau Ruoff spürbar ermuntert worden, sich zu bewerben in der Gewissheit, dass man es bis an die Spit-

ze bringen kann.» Der Post-Präsident will auch bei 30 Prozent noch mehr Frauen. «Ich hoffe, dass ich 2015 für eine weitere Periode gewählt werde. Bis dann strebe ich an, den Frauenanteil weiter zu erhöhen.» Zwar sei immer die Eignung der Führungskraft entscheidend. Doch persönlich würde es ihn freuen, wenn sich eine Frau als seine Nachfolgerin durchsetze. «Es wäre ein ermutigendes Zeichen für die Schweiz, wenn der drittgrösste Arbeitgeber von einer Frau präsidiert würde.»

Die Sprachquoten erfüllt die Post AG bereits. Die Vertreter aus der lateinischen Schweiz sind im Verwaltungsrat der Post sogar in der Mehrheit. CLAUDIA GNEHM